

Quelle: NZZ vom 7.3.2018

Broulis muss seine Steuern durchleuchten lassen

Nach Vorwürfen an den Finanzminister geht die Waadtländer Regierung in die Offensive

Interne und externe Experten überprüfen die Steuersituation des Waadtländer Finanzdirektors Pascal Broulis. «Ich habe keine Angst», sagt dieser. *Antonio Fumagalli, Lausanne*

Im Waadtländer Parlament geht es in der Regel beschaulich zu und her, das öffentliche Interesse an den Debatten hält sich in Grenzen. Nicht so gestern. Die Zuschauer- und Pressetribüne platzte schon vor Sitzungsbeginn aus allen Nähten, und im Saal war die Anspannung förmlich mit Händen zu greifen. Alle warteten auf die Erklärungen der Regierung rund um den Steuerfall Broulis – eine Affäre, welche den Kanton seit Wochen in Atem hält und je nach politischer Gesinnung diesen gar in eine veritable Krise gestürzt hat.

Der «Tages-Anzeiger» hatte vor einem knappen Monat aufgedeckt, dass der Waadtländer Finanzminister Pascal Broulis seit 2011 zwei Drittel seiner Gemeindesteuern in Sainte-Croix und einen Drittel in der Stadt Lausanne bezahlt, wo unter anderem sein Sohn zur Schule geht. Zudem war Broulis bis zuletzt in der Gemeinde Lausanne nicht beim Einwohneramt angemeldet und zahlte bis 2011, dem Zeitpunkt des Arrangements zwischen den beiden Gemeinden, keine Steuern in der Kantonshauptstadt. Gegenstand der Kritik waren insbesondere die Steuerabzüge für Transportkosten, 2015 machte er dafür 15 000 Franken geltend. Broulis erklärte den Betrag mit seinen regelmässigen, gemäss eigenen Angaben manchmal mehrmals täglich stattfindenden Fahrten zwischen seinem Arbeitsort in Lausanne und seinem Hauptwohnsitz im rund 50 Kilometer entfernten Sainte-Croix.

Es gilt das Steuergeheimnis

Auf dem Tisch lag eine Interpellation, die Broulis Steueroptimierung vorwarf. Um den Vorstoss so rasch wie möglich beantworten zu können, sah sich die Regierung am Montag zu einer Sondersitzung gezwungen. Broulis erklärte sich vor seinen Kollegen, ohne ihnen jedoch detaillierten Einblick in seine Steuerrechnungen zu geben – der Finanzminister hält das Steuergeheimnis nach wie vor hoch. Präsidentin Nuria Gorrite (sp.) präsentierte im Namen der Regierung vor dem Parlament schliesslich, worauf sich das Gremium geeinigt hatte. Das Kantonsparlament stimmte der Vorgehensweise am Dienstag mit deutlicher Mehrheit zu und ergänzte die Bestimmungen leicht.

Broulis' Steuererklärungen der vergangenen Jahre sollen einer doppelten Prüfung unterzogen werden. Einerseits wird sich das kantonale Steuerinspektorat darüber beugen. Um Zweifel an der Unabhängigkeit von dessen Gutachten aus dem Weg zu räumen – die Steuerinspektoren sind dem Finanzministerium angegliedert –, inspiziert zusätzlich ein unabhängiger und kantonsfremder Experte oder ein Gremium die Unterlagen. Die Regierung brachte den Namen

von Rechtsprofessor Xavier Oberson ins Spiel, die genauen Modalitäten werden aber erst in den kommenden Tagen festgelegt. Der Expertenbericht wird der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Gorrite betonte, dass Broulis' Steuerdossier gemäss heutigem Wissensstand «gesetzeskonform» und «nach dem Prinzip der Gleichbehandlung» erstellt worden sei. Weil es ein grosses Informationsbedürfnis gebe, soll der Bericht «so rasch wie möglich» publiziert werden, präzisierte sie auf Nachfrage.

Mit den nun kommunizierten Schritten verschafft die Regierung ihrem Kollegen – und auch sich selbst – also vorderhand Zeit. Broulis sieht den Untersuchungen gelassen entgegen. «Ich habe keine Angst», sagte er in einer kurzen Ansprache ans Parlament. Das Steuerwesen sei eine komplexe Angelegenheit, besonders in seinem Fall. Er habe nicht Sainte-Croix ausgesucht, um seine Steuern zu bezahlen, sondern habe sein Leben so eingerichtet, um mit seiner Heimat verbunden zu bleiben. Er habe jedenfalls «nichts zu verbergen», so der Autor eines Buches mit dem Titel «Glückliche Steuern».

FDP macht aus Not Tugend

Der Druck auf ihn dürfte dennoch aufrechterhalten bleiben. Formell, weil auf kommunaler und kantonaler Ebene weitere Vorstösse zu seinem Steuerregime vorliegen. Vor allem aber will die Linke zusätzliche Erklärungen. Die SP verlangt, dass Broulis seine Steuererklärung offenlegt. «Ensemble à Gauche» spricht von einem «Vertrauensbruch», der möglicherweise durch einen Departementswechsel wiederhergestellt werden könnte. Auffällig: Im Gegensatz zu Mutmassungen in den vergangenen Tagen wurden im Parlament keinerlei Rücktrittsforderungen laut.

Die jüngst kräftig durchgeschüttelte Waadtländer FDP macht ihrerseits aus der Not eine Tugend: Sie nimmt den Fall zum Anlass, die Steuerpraxis gegenüber den Regierungsräten grundsätzlich infrage zu stellen. Sinnvoller sei eine Regelung, die sich an derjenigen des Bundesrats orientiere und auf die kantonale Ebene adaptiert würde – Mitglieder der Landesregierung bezahlen 30 Prozent der Steuern in Bern, den Rest in ihrem Heimatkanton. Eine entsprechende Motion hat die FDP Waadt soeben eingereicht.